

# VERANTWORTUNG für Sachsen

## Sächsische Union und SPD Sachsen

### Parteien – Landtagsfraktionen

Die Bürgerinnen und Bürger Sachsens haben zur Landtagswahl am 1. September eine Entscheidung getroffen, die alle politisch Handelnden anzuerkennen und zu respektieren haben. Bereits am Wahlabend wurde deutlich, dass die Umsetzung des Wählerauftrages keine leichte Aufgabe wird. Dabei steht Sachsen vor großen Herausforderungen, die ein entschlossenes politisches Handeln erfordern. Wir haben eine Verantwortung für unsere Heimat und wollen Sachsen in eine gute Zukunft führen.

Nach dem Rückzug des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) von den Sondierungsgesprächen haben CDU und SPD vereinbart, eine Minderheitsregierung zu bilden. Diese Form der Regierung ist für den Freistaat Sachsen etwas vollkommen Neues und gleichzeitig ein großes Wagnis. Sachsen braucht Verlässlichkeit, Vertrauen und eine handlungsfähige Regierung, die Antworten auf die drängendsten Herausforderungen für die Menschen gibt: Lehrerbedarf, Sicherheit, medizinische Versorgung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, handlungsfähige Kommunen, gelingende Integration und Begrenzung der irregulären Migration, eine kluge und weitsichtige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der Abbau von Bürokratie für Bürgerinnen und Bürger, Handwerksbetriebe und Unternehmen.

Das erfordert einerseits große Demut einer zukünftigen Staatsregierung, die über keine eigene Mehrheit im Sächsischen Landtag verfügt, und andererseits braucht es die grundsätzliche Bereitschaft und Flexibilität aller Parteien im Sächsischen Landtag, aufeinander zuzugehen, miteinander zu sprechen und parteiübergreifend Kompromisse zum Wohle des Landes und der Menschen finden zu wollen.

### **Grundsätze der Zusammenarbeit:**

Eine Minderheitsregierung aus CDU und SPD ist zur Umsetzung ihrer geplanten politischen Vorhaben auf weitere Stimmen im Parlament angewiesen. Um weiterhin erfolgreich regieren zu können, müssen verlässliche Mehrheiten für die jeweiligen Vorhaben gefunden werden. Dazu ist es notwendig, frühzeitig und fortwährend über die wesentlichen Vorhaben der Staatsregierung zu informieren und dem Sächsischen Landtag Gelegenheit zu geben, seine Positionen zu artikulieren. Deshalb führt die Staatsregierung einen festen Konsultationsmechanismus ein, damit diese Auffassungen in den Gesetzgebungsprozess einfließen können. Unser gemeinsames Ziel ist es, mit diesem Konsultationsmechanismus die Positionen der Landtagsfraktionen, Gruppen und Fraktionslosen und damit die Interessen aller Wählerinnen und Wähler, bereits vor der förmlichen Initiative der Staatsregierung zu dokumentieren und die Mehrheitsfindung im parlamentarischen Verfahren zu erleichtern.

42 Mit dem sächsischen Konsultationsmechanismus schaffen wir eine neue Grundlage für die  
43 Zusammenarbeit zwischen Staatsregierung und Parlament, die von größerer Transparenz, Offenheit  
44 und einer stärkeren politischen Sachorientierung geprägt ist. Damit begründen wir ein neues Kapitel  
45 der politischen Kultur im Freistaat Sachsen und nutzen die Chancen einer breit angelegten  
46 Willensbildung im Parlament.

47

48 CDU und SPD in Regierung und Fraktionen bringen alle Vorlagen, parlamentarischen Initiativen und  
49 Wahlvorschläge gemeinsam ein und stimmen diese gemeinsam ab. Dieser Grundsatz der  
50 gemeinsamen Abstimmung gilt auch bei Initiativen aller anderen Fraktionen, Gruppen und  
51 fraktionslosen Abgeordneten. Zustimmung zu Vorlagen anderer Fraktionen müssen immer  
52 gemeinsam erfolgen. Unsere beiden Fraktionen vereinbaren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in  
53 allen parlamentarischen Angelegenheiten und verpflichten sich auf eine eindeutige Haltung bei allen  
54 Abstimmungen im Sächsischen Landtag. Daher wird vereinbart, dass es keine Enthaltung bei  
55 Abstimmungen gibt.

56

57 Eine Zusammenarbeit oder eine Suche nach parlamentarischen Mehrheiten mit der AfD, als gesichert  
58 rechtsextrem eingestufte Partei, wird es durch die neue Regierung und die Koalitionsfraktionen  
59 nicht geben.